Nr. 186 20. Jahrg. Ausg. B
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sonntag, 14. August 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M, Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 80 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeile-Spaltzeile aller Anzeigen 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die künftige Belastung des Besitzes

In den letzten Wochen konnte man mancherlei orakeln hören über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Kabinett hinsichtlich der Stellungnahme zu der Frage der Belastung des Besitzes. Nun ist es ja gewiß richtig, daß verschiedenartige Auffassungen über die Methoden und die Formen der Behandlung einer solchen Angelegenheit bestehen müssen und auch in der Tat bestehen. Deshalb brauchen aber solche Gegensätzlichkeiten nicht zum Bruch zu führen. Verhandlungen sind ja eben dazu da, um gegenteilige Meinungen einander näher zu bringen. Das ist ja Sinn und Zweck jeglicher Verhandlung.

Daß in der Frage der künftigen Heranziehung des Besitzes unter dem Gesichtswinkel der Abbürdung der Reparationslasten die Meinungen sehr verschieden sein können, liegt bei der Schwere und Kompliziertheit des Problems auf der Hand. Es sind zwei Wege der Heranziehung des Besitzes möglich: Entweder, daß man sich auf dem bisherigen Gleis der steuerlichen Erfassung bewegt, dabei die Substanz schont und nur ihren Ertrag faßt, oder, daß man diese Substanz selbst angreift und sie den finanzpolitischen Maßnahmen des Reiches nutzbar macht. Das würde darauf hinauslaufen, daß man diese Vermögens-, diese Goldsubstanz zu einem Teile dem Reiche aushändigt, sie also in die Hände des Reiches legt.

Nun darf man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die Entscheidung über die Frage, welcher von den beiden eben bezeichneten Wegen beschritten werden soll, gar nicht im Grunde eine wirtschaftliche, sondern vielmehr eine hochpolitische Entscheidung ist. Es ist bedauerlich, daß man ihren Kern heute nicht mehr klar sehen kann. Er ist durch eine Fülle von mittlerweile abgebrauchten Schlagworten, die aber immer wieder durch neue abgelöst werden, zugedeckt. Wir dürfen uns jedenfalls von dem immer wiederkehrenden Schlagwort der Erfassung der sogenannten Goldwerte nicht beeinflussen lassen.

In den beteiligten Behörden geht der Streit auf dem Papier über diese grundsätzlichen Fragen schon seit langem hin und her. Die Oeffentlichkeit hat Kenntnis erhalten von einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministers, welche den Gedanken der Belastung des realen, namentlich des Grundbesitzes in Form einer zugunsten des Reiches einzutragenden Goldhypothek, die entsprechend verzinst und abgetragen werden müßte, behandelt. Es ist auch richtig, daß im Kabinett für diese Form der Erfassung des Besitzes stark gearbeitet wird. Das Reichsfinanzministerium, das gegenwärtig auch in den Händen des Reichskanzlers liegt, hält die Durchführung eines solchen Gedankens schon wegen des Mangels an den politischen zu seiner Rückendeckung notwendigen Kräften für unmöglich. Es ist einmal vom Reichskanzler ausgesprochen worden, daß es das Verhängnisvollste wäre, wenn dieser Kampf nun etwa unter der Parole „Hie Proletarier, hie Besitzer von Goldwerten" geführt werden sollte. Auch wenn man um einer solchen Frage willen den Reichstag auflösen wollte, so stände die neue parlamentarische Körperschaft in demselben Augenblicke, in dem sie versuchen würde, in das Problem einzudringen, vor neuen und noch viel größeren Schwierigkeiten. Aber auch nach der praktischen Seite bietet das Problem unübersteigbare Hemmnisse. Es handelt sich bei diesen vorwiegend von sozialistischer Seite verfolgten Gedankengängen nicht allein um die Frage, ob eine dauernde Quelle des Ertrages in die Hände des Reiches gelegt werden soll, sondern — und das ist das ausschlaggebende, weil praktisch entscheidende — auch darum, ob es möglich sein soll, in Zeiten der Not solche Quellen des Kapitals zu veräußern. Und nun erhebt sich die weitere Frage, ob eine solche Veräußerung von Kapitalwerten wirklich geeignet sein könnte, unsere Finanznot dauernd zu beheben! Und diese Frage muß auf das entschiedenste verneint werden. Es könnte sich im besten Falle lediglich darum handeln, für die nächsten zwei oder drei Jahre das Loch im Haushaltplan des Reiches zu stopfen. Dann aber stände man wiederum vor einer Leere. Wenn wir das sagen, berühren wir nur nüchtern die sachlichen praktischen Gesichtspunkte, die moralische und ethische Seite dieser Frage der Veräußerung von Substanzwerten an Vermögen und Kapital, die in die Hände des Reiches gelegt werden soll, wollen wir in diesem Rahmen noch gar nicht einmal besprechen, das ist nämlich die schmerzlichste Seite, an der niemand vorbeigehen kann.

Die entscheidende Frage für die Reichsregierung ist doch die, wie das Reich rasch zu Gelde kommt. Eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten in der Form der Belastung von Hypotheken in Gold, die dann in Papier abzutilgen wären, könnte diese Forderung nicht erfüllen. Die Reichsregierung hat daher eine Reichsvermögenssteuer in Vorschlag gebracht, deren Kern in der Erfassung der Goldwerte mittels regelmäßig wiederkehrender Veranlagung liegt. Mit diesem Gesetzentwurf beschäftigt sich nun gegenwärtig der Reichsrat. Das Entscheidende in diesem Entwurf liegt in den Bewertungsmethoden und zwar kommt die Erfassung nach dem gemeinen Wert in Betracht. Aus diesem Punkte werden sich zweifellos die allerheftigsten nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Debatten entspinnen, und von diesem Kampfe werden sicherlich auch die Regierungsparteien nicht freibleiben.

Die Reichsregierung denkt sich diese Vermögenssteuer, wie bereits betont, als eine dauernde. Sie wird deshalb nur aus niedrigen Sätzen bestehen, die aber, um einen Ausgleich gegenüber den Lasten zu schaffen, die den breiten Massen auferlegt werden, eine Ergänzung erfahren müssen, die auf dem Gedanken des Reichsnotopfers basiert. Es wird vorgesehen, daß zunächst für 15 Jahre ein Zuschlag zu den Sätzen der Reichsvermögenssteuer von mehreren hundert Prozent, und zwar zunächst von 300 Prozent erfolgt. Wenn man sich einmal die Mühe macht, die Wirkung einer derartigen Steuer an Hand bestimmter Beispiele zu prüfen, dann wird man ohne weiteres einsehen, daß es bei dieser Vermögenssteuer ohne Eingriff in die Vermögenssubstanz nicht abgeht. Die Tendenz dieses Steuerentwurfes scheint — und darüber wird auch in Regierungskreisen gar kein Hehl gemacht — vielmehr darauf gerichtet zu sein, die Inhaber von realen Werten zu veranlassen, das äußerste aufzubieten, um ihre Vermögenssubstanz entsprechend nutzbar zu machen. Durch Einschaltung eines beweglichen Faktors — die Erträge dieser Steuern werden steigen, wenn die Valuta sinkt, und sie werden kleiner, wenn die Valuta sich hebt — würde man eine in der bisherigen Besitzsteuergesetzgebung des Reiches stark fühlbare Lücke schließen. Ueber alle Einzelheiten dieser Steuer wird man sich erst äußern können, wenn der Gesetzentwurf samt Begründung der Oeffentlichkeit vorliegt.

Damit ist aber der Ring der künftigen Besitzsteuergesetzgebung noch nicht geschlossen. Die Regierung plant vielmehr außerdem noch einen weiteren Ausbau der Körperschaftssteuer. Durch diese sollen nicht nur die ausgeschütteten Gewinne, sondern auch die Gewinne überhaupt steuerlich herangezogen werden. Wie das praktisch durchzuführen ist, unterliegt gegenwärtig noch den Beratungen der beteiligten Stellen. Es handelt es sich hier wohl mit um das schwierigste Problem der gesamten Steuergesetzgebung. Man trägt sich in beachtlichen Kreisen mit dem Gedanken, diese Körperschaftssteuer zu kapitalisieren, das heißt die Gesellschaften würden zu der Körperschaftssteuer veranlagt und dieser Steuerbetrag würde kapitalisiert. Praktisch würde man dann wohl zur Ausgabe von Genußscheinen durch die Steuerträger kommen. Diese Genußscheine würden beteiligt werden können im Liquidationserlös. Man könnte sie staatlichen oder staatlich kontrollierten Organisationen, also Banken oder anderen Instituten zuführen. Diese würden dann die Stücke in die Hände des Reiches legen, das damit eine Art Steuerersatz erhielte. Die Beträge der Genußscheine würden durch die Steuerbehörden einkassiert. Für das Reich würden diese Genußscheine zur Grundlage einer ganzen Reihe von Finanzoperationen gemacht werden können. Man könnte daran denken, auf diese Genußscheine Generalpapiere auszugeben, oder aber auch die Scheine auf den Markt zu werfen, um in kürzester Frist größere Summen dem Reiche nutzbar zu machen. Wenn diese Scheine verkauft werden, dann wird die Körperschaftssteuer kapitalisiert dem Reiche zugeführt. Ueber dieses ungemein kompilzierte Problem wird gegenwärtig noch beraten. Aber es muß doch schon ausgesprochen werden, daß, wenn diese Genußscheine dasselbe Schicksal haben sollten, wie etwa die Bonds der Alliierten an der Reparationssumme, es besser wäre, wenn man diesen Gedanken nicht erst weiter verfolgen würde. Aber auch mit solchen Maßnahmen wäre noch nicht das Problem der Erfassung des Besitzes und der Vermögens- und Kapitalwerte erschöpft. Wir müssen auch zusehen, daß wir im Innern zu großen Erträgen aus der Wirtschaft kommen. In dieser Beziehung werden umfassende Maßnahmen vorbereitet. Der Gedanke der organischen Zusammenfassung der Wirtschaft wird in neuer Gestalt erscheinen. Sehr wichtig ist aber auch etwas anderes, was sich wohl kaum umgehen läßt: Daß sämtliche Besitzer von Produktionsmitteln, also vor allem die Unternehmungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Banken usw., entweder den Gedanken der Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln verwirklichen, oder daß sie selbst Träger einer großen Anleihe im Reparationssinne zur Aufbringung der Reparationslasten sein müssen. Die Verwirklichung dieses Gedankens würde notwendigerweise zu einer Zwangsanleihe für die Inhaber des Produktionskapitals führen. Damit stände in unlösbarem Zusammenhange der Produktionszwang.

Diese Anleitungen mögen für heute genügen, nur einmal skizzenhaft aufzuzeigen, welche gewaltigen Aufgaben und Probleme zur Debatte stehen. Man wird ohne weiteres erkennen, daß sich an der Stellungnahme zu den Einzelfragen die Geister scheiden müssen, und das wird nach Lage der Dinge nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch der Fall sein. Man muß diese Tatsache angesichts der unglückseligen Lage, in der wir uns befinden, beklagen, wir müssen aber nüchtern und vor allem beizeiten mit ihr rechnen. Es sei in diesem Zusammenhange nur noch bemerkt, daß hinter all den erwähnten programmatischen wie problematischen Aufgaben als großes Schlußstück der gesamten Steuer- und Finanzreform des neuen Deutschland das Problem der Wahrung und ihrer Regelung steht. An der Inangriffnahme dieser Aufgabe werden wir nicht vorbeikommen. Die gesamte politische und wirtschaftliche Welt Deutschlands muß, wie aus dem Gesagten hervorgeht, eine vollständige Neueinstellung ihrer Politik und Taktik gegenüber den großen Wirtschaftsfragen der nächsten Zukunft, die ja auch große und entscheidende politische Fragen sind, vollziehen.

Wieder ein volksparteilicher Verteidiger des Ultimatums

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschen Volkspartei über das Ultimatum und die Berechtigung seiner Annahme treten neuerdings wieder stärker hervor. Allgemach hatte sich doch in den Reihen der Deutschen Volkspartei die Ueberzeugung festgesetzt, daß die Annahme des Ultimatums nach Lage der Dinge das kleinere Uebel war. Es läßt sich auch nicht hinwegleugnen, daß der Abg. Stresemann und mit ihm eine große Gruppe in der Deutschen Volkspartei ohnehin zur Annahme des Ultimatums, ja, zur Bildung einer Regierung in diesem Sinne unter der Leitung Stresemanns geneigt war. Nur durch eine Briefverspätung ist Stresemann und mit ihm die Deutsche Volkspartei um die Probe aufs Exempel gekommen. Stresemann und die Seinen geben aber jetzt selbst zu, daß sie für das Ultimatum gestimmt hätten, wenn die Aufklärung, die sie von maßgebender englischer Stelle über bestimmte Punkte gefordert hatten, rechtzeitig eingetroffen wäre. Wer aber einmal bereit war, unter Voraussetzungen, die sich später als richtig erwiesen haben, für das Ultimatum zu stimmen, ja selbst zur Erfüllung des Ultimatums unter Eigener Führung eine Regierung zu bilden, der hat das Recht verwirkt, denjenigen Parteien, die das Ultimatum in schwerster Stunde angenommen und damit den anderen die Last der Verantwortlichkeit abgenommen haben, Vorwürfe zu machen.

Nun ergreift auch eine so bedeutende Persönlichkeit, wie der Admiral Scheer, in aller Oeffentlichkeit das Wort, um die Taktik der Deutschen Volkspartei bei der Entscheidung über das Ultimatum einer starken Kritik zu unterziehen. Das tat Admiral Scheer in einem Artikel im „Tag", in welchem er mit aller Entschiedenheit die gegen die Annahme des Ultimatums und die Parteien, die es angenommen haben, betriebene Agitation verwirft und die Annahme dieses Ultimatums als notwendig bezeichnet. Er erklärt, die Ablehnung des Ultimatums wäre ohne Zweifel damals das größere Uebel gewesen. Es klinge freilich sehr viel „stolzer und aufrechter" zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter." Es sei aber die Pflicht staatsmännisch denkender Parteileitungen, sich nicht von dem Gefühl der Wählerschaft treiben zu lassen, sondern auch auf die Gefahr hin, Anhänger zu verlieren, politischen Willen zu bekunden und die Notwendigkeit, danach zu handeln, der Masse beizubringen. Unter den Neinsagern hätten sich sicher auch innerlich Schwachmütige gefunden, die sich sagten, es kommt ja doch in der Mehrheit des Reichstages zu einem Ja. Dabei habe man „das Odium eines mangelhaft entwickelten nationalen Ehrbegriffs" dem Gegner zugeschoben. „Andererseits ließen sich die innerlich von der Notwendigkeit der Annahme überzeugten durch das der Partei gegenüber empfundene Bedürfnis, im vaterländischen Ehrenpunkt dem extremen Flügel nicht nachzustehen, verleiten, in ein falsches Fahrwasser einzusteuern."

Ein kleines Opfer

Die Vorgänge in den letzten Landtagssitzungen vor der Sommerpause haben gezeigt, mit welcher Entschlossenheit die sozialistischen Parteien und mit ihnen ihre radikalen Minister den christlichen Geist aus dem Volke herauszureißen versuchen. Mit oft sehr plumpen Umgehungen der Reichsgesetzgebung suchen sie eine Auslegung, die ihren Ansichten entspricht, herbeizuführen und in der Presse ihre Handlungsweise zu rechtfertigen. Leider ist dies den Herren umso leichter möglich, da die äußerste Rechte des Landtages, die in der ihr nahestehenden Presse immer und immer wieder für die Verfechtung der christlichen Weltanschauung eintritt, sich nur allzu lässig über die Entscheidungen in christlichen Angelegenheiten hinwegsetzt, wodurch nicht nur einmal die sozialistische Regierung ihre antichristlichen Anschauungen im Gesetz verwirklichen konnte. Es zeigt sich also, daß sie mit allen nur möglichen Redewendungen in ihrer Parteipresse die eigene Handlungsweise zu rechtfertigen oder gar als einzig richtige darzustellen versucht. Man ist sich wohl bewußt, daß der Einfluß der Presse auf das Volk sehr groß ist und daß er das Mittel ist, womit man den Geist der Massen gestaltet und die öffentliche Meinung leitet.

Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß auch das Organ der Christlichen Volkspartei, die Sächsische Volkszeitung, möglichst weite Verbreitung findet, denn nur sie gibt ein klares Bild von den Kämpfen, die unsere Zentrumspartei zur Verteidigung ihrer christlichen Weltanschauung auszufechten hat. Mit offenem Visier ist die Zentrumspartei für ihre christlichen Kulturideale eingetreten, und es wird wohl jedem Leser noch genau in Erinnerung sein, mit welcher Energie und Tatkraft im Plauener Schulkampf das Zentrumsorgan sich für die Interessen der Plauener katholischen Eltern eingesetzt hat und mit welcher Entschlossenheit er von ihren Führern ausgefochten worden ist. Wo blieb da die Deutschnationale Volkspartei, wo folgte die Tat auf ihre Versprechungen? Dies alles kann dem Volke nur durch die Presse mitgeteilt werden, nur durch sie kann Aufklärung geschaffen werden über die Ziele, die sich die Partei gesteckt hat. Die christliche Presse ist es, welche die Zerrbilder der Kirche und die Moral, die den Geistern von der kirchenfeindlichen Presse nur allzuoft eingeprägt werden, widerlegt. Sie ist es, die mithilft den christlichen Glauben im Volke lebendig zu erhalten: Darum ist es wichtiger denn je, für di eVerbreitung und die Erhaltung unserer christlichen Tageszeitung, der „Sächsischen Volkszeitung" einzutreten, und dies gerade jetzt, wo der Gegner mit allen Mitteln unseren Glauben bekämpft. Generalvikar Dr. Triller, Eichstädt, kennzeichnet klar die Wichtigkeit der Presse, indem er schreibt:

„Mit Recht wird heutzutage von einem Apostolate der Presse gesprochen. Mit diesem erhabenen Worte ist gesagt, daß die Macht der heutigen Presse ausgenützt werden soll für die Förderung der Religion, für den Glauben, für Sittlichkeit, für die wahre Veredelung und den Nutzen des Einzelnen und der Gesellschaft. Die Presse ist deshalb eine der wichtigsten Angelegenheiten für die Katholiken. Ein großer Kämpfer für die Ehre Gottes und der Kirche, der hochselige Freiherr von Ketteler hat den Ausspruch getan: „Die zwei großen Mächte auf Erden sind die Presse und die Schule, die wichtigsten Angelegenheiten sind daher die Presse und die ernste Schulfrage. Wer ihnen gegenüber gleichgültig ist, hat kein Recht, sich noch einen getreuen Sohn der Kirche zu nennen, der die Sache Christi kennt und liebt." Die Presse ist ein Erziehungsmittel durch das ganze Leben. Der Großteil der Menschen redet, denkt und fühlt so, wie seine Presse."

Diese kurze Darlegung über die Wichtigkeit der Förderung der christlichen Presse zeigt klar, daß wir christlich Denkenden durch einmütiges, tatkräftiges Eintreten für unsere Presse uns zu einer festen Einheitsfront gegen alle die zusammenschließen müssen, die die katholische, die christliche Sache befehden und daß wir dadurch vor allem auch die Bestrebungen nach einer ausgiebigen Vermittelung geistiger Nahrung und nach der so notwendigen religiösen Durchdringung unseres Volkes in vollem Maße Förderung und Unterstützung zuteil werden lassen können.

Es wird sonach nur ein kleines Opfer für die Vertreter der christlichen Weltanschauung bedeuten, wenn wir gezwungen sind zur Erhaltung unserer Zeitung, die doch die einzige katholische Tageszeitung Sachsens ist, aus der wir Klarheit über die Notwendigkeit der Schritte unserer Führer im Interesse der christlichen Ideale schöpfen können, eine Erhöhung des Abonnementspreises am 1. Oktober eintreten zu lassen. Die erhebliche Erhöhung der Rohstoffe, der Papierpreise und die aus den Lebensverhältnissen heraus sich ergebende Erhöhung der Löhne lassen ein weiteres Rücksichtnehmen auf die trostlose materielle Lage nicht zu. Wohl bewußt, daß mancher eifrige Leser der Zeitung die notwendig gewordene Erhöhung nur schwer zu tragen vermag, so muß doch der Notlage Rechnung getragen werden. Es wird wohl keiner, der sich der Wichtigkeit der christlichen Presse bewußt ist, davor zurückschrecken, dieses kleine Opfer im Interesse der Sache zu bringen, um so beizutragen, den Kampf um unsere christlichen Ideale weiterhin erfolgreich durchzufechten.

— pt —